

Motion Tanja Miljanovic (GFL) und Mirjam Roder (GFL): Genderspezifische Aspekte der Klimakrise gehören in die Energie- und Klimakommission

Der menschengemachte Klimawandel führt zu einer Veränderung unserer Ökosysteme, zu einem Anstieg der Durchschnittstemperatur und zu extremen Wetterereignissen. Neben den breiter bekannten und anerkannten ökologischen und ökonomischen Folgen der Klimakrise sind die sozialen Folgen des Klimawandels genauso frappant, bekommen aber sowohl in der Politik als auch in der Öffentlichkeit noch zu wenig Beachtung. Diese gefährliche Wahrnehmungslücke hängt, wie so oft, mit den verschiedenen Gender-Gaps unserer Gesellschaft zusammen. Die sozialen Folgen der Klimakrise sind nicht geschlechtsneutral und Frauen sind stärker betroffen als Männer.¹ Frauen werden indes nicht nur unterschiedlich von den Auswirkungen der Klimakrise getroffen, sie tragen auch unterschiedlich zu den Ursachen der Klimakrise bei und wählen unterschiedliche Lösungen zu deren Eindämmung.² Erdgas and York haben den Zusammenhang zwischen Gleichberechtigung und dem ökologischen Fussabdruck wissenschaftlich untersucht und konnten in ihrer Studie von 2012 aufzeigen, dass nach dem Bruttosozialprodukt die Gleichstellung der Geschlechter von allen Faktoren die grösste Auswirkung auf die Minderungen von CO₂-Emissionen darstellt.³ Auch das Klimaabkommen von Paris (2015) erkennt die Gleichberechtigung der Geschlechter und das Empowerment von Frauen als grundlegende Prinzipien zur Bewältigung des Klimawandels an. In der Präambel wird gefordert, dass Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und das Empowerment von Frauen bei allen Aktivitäten im Bereich Klimawandel berücksichtigt werden.

Soll die Klimakrise abgewendet werden, ist neben dem technischen auch ein gesellschaftlicher Wandel unabdingbar. Dies wird unter anderem im aktuellen IPCC Report (2022) betont - der ebenfalls auf die oben beschriebene besondere Rolle von Frauen für die notwendigen Verhaltensänderungen hinweist. Individuelle Verhaltensänderungen müssen von einem strukturellen Wandel begleitet werden (z.B. in der Mobilität, dem Personal- oder Steuerrecht) und dieser Wandel kann und darf nicht ohne die Perspektive und Berücksichtigung der Frauen* erfolgen. Die Genderperspektive sollte bei allen Klimamassnahmen mitgedacht werden und Gender-Expert:innen sollten an der Entwicklung von Massnahmen beteiligt werden. Klimalösungen können nur effektiv sein, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen adäquat bei den Entscheidungsfindungen teilhaben und ihre Expertisen und Bedürfnisse einfließen.⁴

Antrag:

Der Gemeinderat wird höflich aufgefordert:

Die "Vertretung aus der Wissenschaft" in seiner gemeinderätlichen Energie- und Klimakommission durch ein weiteres ständiges Mitglied aus der Forschung zu erweitern. Das neue Mitglied soll sich

¹ <https://www.bmz.de/de/entwicklungspolitik/frauenrechte-und-gender/gender-und-klima>

² Die Sterblichkeitsrate von Frauen und Kindern ist bei einer Katastrophe 14-mal höher als bei Männern. Bis zu 80 % der Menschen, die aufgrund von klimabedingten Katastrophen fliehen, sind Frauen. Auf der Flucht sind Frauen häufiger von körperlicher und sexualisierter Gewalt, Zwangsprostitution und Ausbeutung betroffen.

<https://www.unwomen.de/informieren/klima-und-gender.html>

³ <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0049089X12000609?via%3Dihub>

⁴ <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/269306/geschlechtergerechtigkeit-und-klimapolitik/>

mit genderspezifischen Aspekten der Klimakrise auskennen und diese in die Kommission einbringen und überwachen können.

Begründung der Dringlichkeit

Die gemeinderätliche Energie- und Klimakommission tagt bereits seit August 2021. Es scheint uns von grosser Dringlichkeit, dass so schnell wie möglich ein:e Wissenschaftler:in ins Gremium aufgenommen wird, die sich mit genderspezifischen Aspekten und Massnahmen der Klimakrise auskennt - und zwar bevor sich das Gremium konsolidiert hat und Lösungsansätze präsentiert, die in einer der grössten Krisen unserer Zeit 50 Prozent unserer Bevölkerung nicht adäquat berücksichtigen.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 02. Juni 2022

Erstunterzeichnende: Tanja Miljanovic, Mirjam Roder

Mitunterzeichnende: Francesca Chukwunyere, Valentina Achermann